

233/A.B.

zu 266/J

A n f r a g e b e a n t w o r u n g

Die Abg. P r o k s c h und Genossen haben in der Sitzung des Nationalrates vom 16. Feber an die Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten und für Land- und Forstwirtschaft eine Anfrage, betreffend Berichterstattung über die Verhandlungen mit der OECE, gerichtet.

Zu dieser Anfrage teilt Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten Dipl.-Ing. Dr. F i g l folgendes mit:

Einleitend gestatte ich mir zu bemerken, dass der Herr Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft an der Tagung des Rates der OECE auf Ministerebene in der Zeit vom 13. und 14. Jänner 1955 nicht teilgenommen hat, da am Tage vor der Eröffnungssitzung die Beratungen der Landwirtschaftsminister der OECE-Staaten auf einen späteren Zeitpunkt verschoben wurden.

Nach meiner Rückkehr aus Paris habe ich den Ministerrat über das Ergebnis der Tagung berichtet und auch in einer Rundfunkansprache die wichtigsten Ergebnisse dieser Tagung behandelt. Ich bin gerne bereit, nachstehend die wichtigsten Ergebnisse dieser Tagung bekanntzugeben.

1. Eingliederung des Grünen Pools in die OECE

Ebenso wie auf anderen Gebieten der Wirtschaft ist auch auf dem landwirtschaftlichen Sektor eine enge Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten der OECE wünschenswert. Bereits bei der letzten Tagung habe ich mich mit dieser Frage befasst. Der Rat der OECE hat diesmal einstimmig den Beschluss gefasst, dass ein Ministerkomitee für Landwirtschaft und Ernährung gebildet werden soll, dessen Aufgabe darin bestehen soll, periodisch die Probleme der Mitgliedstaaten in bezug auf Ernährung und Landwirtschaft zu prüfen und diejenigen Massnahmen zu ergreifen, die den Landwirtschaftsministern innerhalb des Rahmens ihrer nationalen Kompetenz zustehen. Dem Ministerkomitee wird ein Komitee von Stellvertretern beigegeben werden. Zu diesem Punkt der Tagesordnung habe ich mich nicht veranlasst gesehen, eine Erklärung abzugeben, da der Beschluss einmütig erfolgte.

2. Die Liberalisierung Frankreichs

Frankreich hat seinerzeit erklärt, dass es nicht in der Lage sei, die 75 %ige Liberalisierung durchzuführen. Bei der diesmaligen Tagung hat der französische Finanzminister Faure zugesagt, dass Frankreich bis zum 1. April 1955 die Liberalisierung der gesamten Exporte auf 75 % erhöhen werde, wobei es in jeder der drei Gruppen (landwirtschaftliche Erzeugnisse, Rohstoffe und Fertigwaren) mindestens 60 % der privaten Importe liberalisieren werde. Frankreich wird ferner nach dem 1. April 1955 nicht mehr die Bestimmungen des Artikels 3 C des Liberalisierungscode, der eine Herabsetzung der Liberalisierung unter 75 % ermöglicht, in Anspruch nehmen. Der Rat hat ferner der Hoffnung Ausdruck gegeben, dass auch die sogenannte Kompensationstaxe, die in Frankreich beim Import von liberalisierten Waren eingehoben wird, herabgesetzt werden möge. Die anderen Mitgliedstaaten der OECE haben keine Erklärungen abgegeben.

3. Erweiterung der Liberalisierung

Der Rat der OECE hat beschlossen, die Liberalisierung auf 90 % der gesamten privaten Importe zu erhöhen, wobei auf jede der drei vorher erwähnten Gruppen mindestens 75 % der importierten Waren entfallen müssen. Ausserdem soll jeder Mitgliedstaat seine Liberalisierung der privaten Importe gegenüber dem Stand vom 30. Juni 1954 um 10 % erhöhen.

Bei dieser Gelegenheit habe ich erklärt, dass Österreich nicht in der Lage sein wird, die vorgesehene Pflichtliberalisierung von 90 % durchzuführen, so lange die bekannten besonderen Handelsbeschränkungen für Embargowaren fortbestehen. Österreich habe jedoch im Geiste der internationalen Zusammenarbeit beschlossen, ab 1. Dezember 1954 den Liberalisierungssatz von 75 % auf 82,4 % zu erhöhen und die Liberalisierung in progressiven Etappen bis 1. Juli 1955 auf 84,1 % weiter zu steigern. Dies sei jedoch das Maximum, das unter den gegenwärtigen Verhältnissen erreicht werden kann, da der Prozentsatz der den Embargobeschränkungen unterworfenen Waren noch immer 9 % beträgt, Österreich hätte somit bereits heute, spätestens jedoch am 1. Juli 1955, die erforderlichen 90 % erreicht, wenn es nicht auf Grund seiner besonderen geographischen und politischen Lage genötigt wäre, Beschränkungen aufrechtzuerhalten, die in keinem anderen Land der OECE bestehen. Die österreichische Zustimmung für Erhöhung der Liberalisierung erfolge daher unter der ausdrücklichen Annahme, dass die anderen Teilnehmerstaaten diese Tatsache anerkennen. Der Rat der OECE hat meine diesbezügliche Erklärung widerspruchslos zur Kenntnis genommen.

3. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

23. Feber 1955

Der Rat der OECE hat ferner denjenigen Mitgliedstaaten, die gleichzeitig Teilnehmer des GATT sind, empfohlen, Verhandlungen einzuleiten für eine allgemeine Herabsetzung ihrer Zölle.

Der Rat hat jedoch gleichzeitig festgestellt, dass in der Durchführung dieser Empfehlung die notwendige Flexibilität erforderlich sei. Ich habe in diesem Zusammenhang ausdrücklich erklärt, dass eine Revision unseres Zolltarifes hierdurch nicht gefährdet werden dürfe. Der stellvertretende Generalsekretär der OECE hat hierauf geantwortet, dass der im Beschluss des Rates gebrauchte Ausdruck "Flexibilität" unseren Wunsch vollkommen decke.

Was die 90 %ige Liberalisierung betrifft, so wird sie für alle Mitgliedstaaten mit Ausnahme von Frankreich, der Türkei, Island und Norwegen gelten. Irland hat seine endgültige Stellungnahme vorbehalten.

4. Erneuerung der Europäischen Zahlungsunion, Schaffung eines Europäischen Fonds und Vorbereitung der Konvertierbarkeit

Der Rat der OECE hat beschlossen, die Europäische Zahlungsunion um ein weiteres Jahr, das ist bis zum 30. Juni 1956, zu verlängern. Das Comité de Direction wurde ferner beauftragt, die Bedingungen für die Schaffung eines Europäischen Fonds zu studieren und Vorschläge auszuarbeiten für den Übergang von der Europäischen Zahlungsunion auf den Europäischen Fonds.

Bei dieser Gelegenheit habe ich erklärt, dass die Vorbereitung und Verwirklichung der Konvertibilität nur durch die Zusammenarbeit aller Teilnehmerstaaten möglich erscheint und es daher wünschenswert wäre, wenn in der nächsten Arbeitstagung mehr als bisher sämtlichen Delegationen die Möglichkeit zur praktischen Mitarbeit geboten würde. Der Vorsitzende des Rates, der britische Schatzkanzler Butler, hat dieser Anregung zugestimmt.

5. OECE und GATT

Bei Beratungen über die Beziehung^{en} zwischen der OECE und dem GATT wurde von verschiedenen Delegationen der Wunsch zum Ausdruck gebracht, dass man die OECE, die für die europäische Zusammenarbeit sich bedeutende Verdienste erworben habe, unter allen Umständen erhalten müsse. Auch ich habe mich im gleichen Sinn geäußert.

6. Der italienische 10-Jahresplan

Der italienische Minister Vanoni hat dem Rat einen ausführlichen 10-Jahresplan seiner Regierung für die wirtschaftliche Entwicklung Italiens unter besonderer Berücksichtigung der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Hebung des Lebensstandards im südlichen Teil des Landes vorgelegt. Der Plan wurde von den Vertretern verschiedener Teilnehmerstaaten und von dem amerikanischen Vertreter, Mr. Stassen, begrüsst. Auch ich habe unsere Bereitschaft, im Rahmen des Möglichen mitzuwirken, betont. -

-.--.-